Deutscher Bundestag **Drucksache 18/6641**

18. Wahlperiode 10.11.2015

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

40 Jahre nach Helsinki, 25 Jahre nach Paris – Den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 für neue Impulse hin zu einer auf Dialog, Vertrauen und Sicherheit ruhenden Friedensordnung in Europa nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Januar 2016 wird Deutschland den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernehmen. Mit dem OSZE-Vorsitz nimmt Deutschland in der schwersten Krise der europäischen Sicherheitsordnung nach Ende des Kalten Krieges außenpolitisch Verantwortung für die Zukunft von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wahr und stärkt damit auch sein sicherheitspolitisches und diplomatisches Engagement. In der aktuellen prekären politischen Lage kommt es darauf an, die OSZE als Instrument für Dialog und Vertrauensbildung in Europa zu nutzen, zu erhalten und zu stärken. Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier hat am 2. Juli 2015 die Grundzüge der Planungen für den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 im Deutschen Bundestag sowie vor dem Ständigen Rat der OSZE in Wien vorgestellt und dabei an den Geist von Helsinki – an die Vision von einem „Europa des Vertrauens und der Zusammenarbeit“ – appelliert.

Die OSZE ging 1995 aus der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervor, die 1975 mit der Schlussakte von Helsinki einen historischen Durchbruch im Ost-West-Verhältnis erreichte und den Willen der Unterzeichnerstaaten zur Zusammenarbeit in den drei Bereichen Sicherheit und Abrüstung, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte unterstrich. Außerdem wurde ein Katalog von zehn Prinzipien vereinbart, die grundlegende Regeln für den Umgang der Staaten miteinander und im Verhältnis zu ihren Bürgern festlegten. Dazu gehören unter anderem der Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt, die Unverletzlichkeit der Grenzen und territoriale Integrität der Staaten, die friedliche Regelung von Streitfällen sowie die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

An der KSZE hatten 35 Staaten – darunter die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik – teilgenommen. Heute verfügt die OSZE über 57 Teilnehmerstaaten. Wir blicken damit in diesem Jahr auf insgesamt 40 Jahre zurück, in denen die Staaten im Rahmen des Helsinki-Prozesses um Frieden, Vertrauensbildung, Menschenrechte und Kooperation ringen. Die Gründung der KSZE war eingebettet in die Ende der 60er-Jahre von Willy Brandt begonnene und später von Helmut Schmidt und Helmut Kohl fortgesetzte Entspannungspolitik.

Mit der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990 wurde ein grundlegendes internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Einstellung der Ost-West-Konfrontation verabschiedet. Der KSZE-Prozess wurde durch die Einführung von Strukturen und Institutionen wie dem Rat der Außenminister, dem Sekretariat und dem Konfliktverhütungszentrum verstetigt, um die Sicherheitsfragen und den Transformationsprozess nach dem Ende des Kalten Krieges zu bewältigen. Die Staats- und Regierungschefs von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada erklärten die Spaltung Europas für beendet, verpflichteten sich zur Demokratie als einziger Regierungsform und sicherten ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu. Die Charta von Paris dokumentierte das Ende der Konfrontation des Kalten Krieges und der Teilung Europas.

Mit der Charta von Paris wurde auch beschlossen, der KSZE einen parlamentarischen Arm zu geben: die heute aus 323 Abgeordneten der nationalen Parlamente der Teilnehmerstaaten bestehende Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV). Die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung stehen heute für das Ziel der nachhaltigen Sicherung von Frieden, Stabilität, Demokratie und Wohlstand in den Teilnehmerstaaten der OSZE, und zwar durch politischen Dialog über gemeinsame Werte sowie deren praktische Anwendung. Die OSZE ist die einzige sicherheitspolitische Organisation, in der mit Ausnahme von Kosovo alle europäischen Länder, Russland und alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die USA, Kanada und die Mongolei vertreten sind.

Die gemeinsam erarbeitete Wertebasis und die daraus resultierenden Prinzipien sind allerdings derzeit in einem erheblichen Maß gefährdet. Die völkerrechtswidrige und gewaltsame Annexion der Krim im März 2014 und Russlands Vorgehen in der Ostukraine sind nicht mit den Prinzipien der OSZE vereinbar. Die Charta von Paris sieht keine Konditionierung des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker durch Einflusszonen anderer Staaten vor.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sich der seit Beginn dieses Jahrhunderts zu beobachtende Bedeutungsverlust der OSZE infolge der Krise in der Ukraine und ihrer Nachbarschaft umgekehrt hat. Aktuell spielt die OSZE über ihre Sonderbeobachtungsmission (Special Monitoring Mission, SMM) eine Schlüsselrolle bei der Beobachtung und Begrenzung des Konflikts in der Ostukraine sowie bei der Beobachtung und Verifikation der Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk. Nur auf Grundlage der Vereinbarung vom 12. Februar 2015, der alle beteiligten Konfliktparteien zugestimmt haben, ist eine politische Lösung des Konflikts möglich. Die OSZE ermöglicht dabei auch maßgeblich den regelmäßigen Austausch zwischen den Konfliktparteien.

Die Sonderbeobachtungsmission der OSZE in der Ukraine wurde auf einvernehmlichen Beschluss der Teilnehmerstaaten eingesetzt. Ihre maximale Personalstärke wurde jüngst auf 1 000 Beobachter erhöht. Es handelt sich dabei um eine unbewaffnete zivile Mission, deren Mitarbeiter die Situation in der Ukraine als unabhängige und objektive Beobachter verfolgen und im Rahmen der Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk unter anderem den Rückzug von schweren Waffen verifizieren und dokumentieren. Trotz erheblicher Bemühungen der Teilnehmerstaaten, darunter auch Deutschlands, ist es allerdings bisher nicht gelungen, die gesamte im Mandat vorgesehene Beobachterzahl zu entsenden. Hier sind weitere Anstrengungen aller Teilnehmerstaaten dringend erforderlich. Der Deutsche Bundestag appelliert an beide Konfliktparteien, die Sicherheit des OSZE-Personals nicht zu gefährden und deren volle Bewegungsfreiheit in der gesamten Ukraine zu gewährleisten.

Zur Unterstützung der OSZE-Troika wurde Ende 2014 auf Initiative des damaligen Schweizer Vorsitzes und in enger Abstimmung mit Deutschland und Serbien eine 15-köpfige hochrangige Expertengruppe (Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project) ins Leben gerufen. Diese Gruppe soll die bisherigen

Erfahrungen des Konfliktmanagements der OSZE in der Ukraine auswerten und Empfehlungen ausgeben, um die Arbeit der OSZE wirksamer und effizienter zu gestalten. Außerdem soll sie Grundlagen eines neuen Sicherheitsdialogs im Euroatlantisch-Eurasischen Raum entwerfen, über vertrauensbildende Maßnahmen zur Stärkung von Frieden und Sicherheit im Sinne der Helsinki-Schlussakte und der Charta von Paris reflektieren, Möglichkeiten zur Stärkung und Weiterentwicklung von Maßnahmen der kooperativen Sicherheit prüfen sowie Vorschläge zur künftigen Rolle der OSZE bei Konfliktprävention und -bearbeitung unterbreiten. Die grundlegenden Elemente der europäischen Sicherheitsarchitektur, wie sie sich nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelt haben, stehen hier in keiner Weise zur Disposition. In ihrem Zwischenbericht vom 17. Juni 2015 stellt die hochrangige Expertengruppe drei positive Elemente des OSZE-Engagements in der Ukraine heraus: die aktive Rolle des Vorsitzes, die Entsendung der Beobachtermission und die Schaffung der Trilateralen Kontaktgruppe mit den Regierungen Russlands und der Ukraine unter Vorsitz der OSZE, an deren Treffen auch „Repräsentanten von bestimmten Regionen in Luhansk und Donezk“ beteiligt waren.

Von den zehn Prinzipien der Helsinki-Schlussakte sind heute neben der Anerkennung der universellen Menschenrechte und Grundfreiheiten und der friedlichen Lösung von Konflikten insbesondere die Prinzipien der souveränen Gleichheit und der Achtung der dieser Souveränität innewohnenden Rechte sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität von besonderer Bedeutung. Die Gefährdung dieser Prinzipien wird nicht nur durch den aktuellen russisch-ukrainischen Konflikt, sondern auch am Beispiel anderer Krisengebiete deutlich. Dazu gehören auch die sogenannten eingefrorenen Konflikte im Südkaukasus oder in Transnistrien.

Autoritäre Tendenzen in einigen Teilnehmerstaaten, staatliche Eingriffe in die Meinungsfreiheit, Beschränkungen der Pressevielfalt, auch aufgrund der Konzentration der Medien in den Händen weniger Eigentümer, neue Technologien, die ungeahnte Dimensionen der Massenüberwachung ermöglichen, sowie ungelöste Sozial-, Wirtschafts- und Umweltprobleme stellen die Erfolge der OSZE infrage. Zunehmende Intoleranz und neue Formen rassistischen Denkens und Handelns erfordern OSZE-weit eine resolute Reaktion.

Die wichtigsten und für die Bevölkerung sichtbarsten Aktivitäten der OSZE sind die internationale Wahlbeobachtung und die konventionelle Rüstungskontrolle. Konventionelle Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) sind als zentrale Bestandteile militärischer Sicherheit stets Schlüsselthemen des KSZE-Prozesses und der OSZE gewesen. In der aktuellen Lage sind Fortschritte etwa bei der Reform der unter dem Dach der OSZE bearbeiteten Rüstungskontrollvereinbarungen (Wiener Dokument, Vertrag über den Offenen Himmel, Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa – KSE-Vertrag) eher unwahrscheinlich. Es bleibt aber wichtig, den Dialog hierzu nicht abreißen zu lassen. Wichtig wäre insbesondere die Modernisierung des Wiener Dokuments (WD). Für 2016 steht dabei eine routinemäßige KSE-Überprüfungskonferenz an. Notwendig ist eine Diskussion über eine Weiterentwicklung des KSE-Regimes unter Berücksichtigung der verschiedenen Sicherheitsinteressen. Ein neuer Ansatz muss die reziproke Gewährleistung von verifizierbarer Transparenz über moderne militärische Fähigkeiten zum Ziel haben.

An internationalen Wahlbeobachtungen ist die OSZE PV entscheidend beteiligt. Die von dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (Office for Democratic Institutions and Human Rights, ODIHR) der OSZE durchgeführten Wahlbeobachtungen dienen der Sicherstellung demokratischer Prinzipien. Sie wirken vertrauensbildend bei der Bevölkerung, wenn durch erhöhte Transparenz des Wahlprozesses und die Achtung internationaler Standards ihre demokratischen Rechte gestärkt werden. Die besondere Leistung der OSZE besteht darin, sowohl Kurzzeit- als

auch Langzeitbeobachter einzusetzen, die damit in allen Phasen des Wahlprozesses die Einhaltung von OSZE-Standards für demokratische Wahlen überprüfen können.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE ist ein unverzichtbarer Vermittler zwischen den nationalen Parlamenten der Teilnehmerstaaten und der intergouvernementalen Zusammenarbeit der Regierungen. Gleichzeitig ist die OSZE PV ein wichtiges Forum, um die Aufgaben der Organisation durch öffentliche Debatten bekannt zu machen und um Verständnis für ihre Ziele zu werben. Sie ist damit ein unabdingbares Bindeglied zwischen der Regierungsebene der OSZE und der Bevölkerung der Teilnehmerstaaten.

Die OSZE PV hat erfolgreich Diskussionsformate entwickelt, um Gesprächskanäle auch in Krisenzeiten offenzuhalten. Sie hat damit zum Versuch der Deeskalation in der Ukraine-Krise beigetragen. Der im Februar 2014 bei der Wintertagung der OSZE PV gestartete „Wiener Prozess" führt Abgeordnete der russischen und der ukrainischen Delegationen zusammen. Hier hat sich gezeigt, dass im Wege der „parlamentarischen Diplomatie“ Fortschritte erzielt werden können. Es geht um die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk, insbesondere die Einhaltung des Waffenstillstandes, die Versorgung der Menschen im Konfliktgebiet und der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie den ungehinderten Zugang für die Sonderbeobachtungsmission der OSZE. Durch direkte parlamentarische Kontakte können Fortschritte erzielt werden. Sie sollten deshalb gefördert und nicht behindert werden.

Der parlamentarische Beitrag ist auch im Kampf gegen Antisemitismus von besonderer Bedeutung. In diesem Zusammenhang fördert der Deutsche Bundestag in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Koalition zur Bekämpfung des Antisemitismus (ICCA) die Durchführung einer internationalen Antisemitismus-Konferenz in Berlin im Jahr 2016.

Auch die Bundesregierung unterstützt im Rahmen ihrer OSZE-Aktivitäten für Toleranz und Nichtdiskriminierung die Bekämpfung des Antisemitismus. Zum zehnten Jahrestag der „Berliner Erklärung“ der OSZE gegen Antisemitismus von 2004 veranstaltete Deutschland gemeinsam mit ODIHR und dem schweizerischen OSZE-Vorsitz eine Konferenz, von der wichtige Impulse für den Kampf gegen neue Erscheinungsformen von Intoleranz und Rassismus ausgingen.

Die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung ernennen unabhängige Beauftragte für besondere Aufgaben, wie für nationale Minderheiten, für die Freiheit der Medien, für die Ostsee-Zusammenarbeit sowie für die Bekämpfung von internationalem Terrorismus, Menschenhandel, Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz und Genderfragen. Mit der kürzlich erfolgten Berufung eines Mitglieds des Bundestages als Sonderbeauftragter für die Ostsee-Region können die Bemühungen um vertiefte Kooperation in dieser auch für Deutschland wichtigen Region fortentwickelt werden. Die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung befassen sich auch mit weiteren sicherheitspolitisch relevanten Herausforderungen der Teilnehmerstaaten, wie beispielsweise der organisierten Kriminalität und der illegalen Migration.

Deutschland beteiligt sich auch finanziell und personell maßgeblich an der OSZE. Zum laufenden Haushalt der OSZE trägt Deutschland knapp 11,5 Prozent bei und ist nach den USA der zweitgrößte Beitragszahler. Daneben leistet Deutschland umfangreiche Hilfe auch in Form zusätzlicher freiwilliger Beiträge für OSZE-Projekte im gesamten OSZE-Raum. Deutsche sind in fast allen OSZE-Langzeitmissionen und in den OSZE-Institutionen vertreten.

Die Abwehr gemeinsamer Bedrohungen kann Zusammenarbeit und Vertrauen fördern, zum Beispiel in folgenden Bereichen: internationaler Terrorismus, Radikalisierung, Drogenhandel, Risiken im Cyberbereich und irreguläre Migration. An zentraler Stelle stehen nach wie vor die Versöhnung, der Aufbau von Vertrauen und Partnerschaft. Hier liegt unverändert der Kern des Mandats der OSZE. Die Erfah-

rungen in der Ukraine machen es nötig, die Instrumente der Frühwarnung, der Konfliktprävention und der Vermittlungsfunktion zu stärken und die Kompetenzen zur Versöhnung und Aufarbeitung im Nachgang von Konflikten auszubauen.

II. Der Deutsche Bundestag

- würdigt die in den 40 Jahren des Helsinki-Prozesses erreichten Fortschritte. Er wird die OSZE weiterhin engagiert unterstützen. Er wird sich dabei insbesondere dafür einsetzen, dass die durch das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands gegen die Ukraine entstandene aktuelle Konfrontation wieder durch Dialog, Kooperation und gemeinsames Handeln ersetzt wird;
- unterstützt den „Helsinki +40“-Prozess, dessen Ziele einerseits die Bestätigung des institutionellen und konzeptionellen Rahmens der OSZE sind und andererseits, soweit erforderlich, Reformen und Neuerungen in der Organisation vorsehen. Er setzt sich für eine Dynamisierung, Aktualisierung und Neuausrichtung der OSZE ein, damit sie auch in Zukunft zu Stabilität, Sicherheit und demokratischer Entwicklung in ihren 57 Teilnehmerstaaten und darüber hinaus beitragen kann;
- würdigt die Rolle der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Als parlamentarisches Forum genießt sie hohe demokratische Legitimation und Sichtbarkeit. Ihre Fähigkeit, den Gedanken- und Meinungsaustausch über die Situation im OSZE-Raum zu befördern und gemeinsame Aktionen zu lancieren, ist ein wertvoller Beitrag zum Erfolg der Gesamtorganisation. Die OSZE PV hat weiterhin die Verantwortung, die öffentliche Diskussion voranzutreiben und Unterstützung für den „Helsinki +40“-Prozess zu gewinnen. Einreiseverbote für Parlamentarier sind in diesem Zusammenhang kontraproduktiv;
- begrüßt, dass die Bundesregierung ein Mitglied des Deutschen Bundestages zum Sonderbeauftragten der Bundesregierung für den OSZE-Vorsitz 2016 ernannt hat;
- würdigt, dass der OSZE-Raum mit dem OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) über eines der weltweit größten regionalen Menschenrechtsinstitutionen verfügt.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- einen Schwerpunkt ihres Vorsitzes auf den Bereich des Krisenmanagements zu legen, insbesondere auf die Überwindung der Ukraine-Krise, aber auch die weiteren Konflikte im OSZE-Raum (Abchasien, Südossetien, Berg-Karabach, Transnistrien) und potenziell weiteren Krisenregionen. So wird es darauf ankommen, die bestehenden OSZE-Mechanismen in diesen Konflikten zu stärken oder ihnen neue Impulse zu geben;
- die Krisenreaktions- und Krisenmanagementfähigkeiten der OSZE als Institution zu stärken und damit auch die Fähigkeiten der OSZE über den gesamten Konfliktzyklus zu verbessern. Hierzu gehört vor allem auch die Intensivierung der Zusammenarbeit der OSZE mit anderen internationalen Organisationen;
- darüber hinaus im Rahmen des deutschen Vorsitzprogramms Themen in den Mittelpunkt zu stellen, die langfristig zu erneutem Dialog, Vertrauen und Sicherheit in Europa beitragen können. Vor allem muss wieder schrittweises Vertrauen zwischen den OSZE-Mitgliedern aufgebaut werden; die bei einigen O-SZE-Partnern durch das russische Vorgehen in der Ukraine entstandenen Sorgen und Ängste sind nicht zu unterschätzen. Ziel muss es sein, die schwerste Krise der europäischen Sicherheitsordnung nach dem Ende des Kalten Krieges zu

überwinden. Hierzu gehören Themen, die potenziell vertrauens- und „brückenbildend“ wirken können, wie zum Beispiel Konventionelle Rüstungskontrolle und Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM);

– die Empfehlungen der Hochrangigen Expertengruppe sorgfältig zu prüfen und gegebenenfalls deren Umsetzung in der Zeit des deutschen Vorsitzes 2016 voranzubringen. Dazu gehören
  - die Priorisierung der Konfliktprävention und eine entsprechende Stärkung des Generalsekretärs,
  - eine starke politische Führung durch einen handlungsfähigen Vorsitz, die Stärkung der Kontinuität durch die Troika und größere Entscheidungsspielräume für den Generalsekretär,
  - eine eigene Rechtspersönlichkeit für die OSZE sowie eine klare Ausrichtung der Missionen auf die politische Strategie der Konfliktbeendigung,
  - der Ausbau der operativen Fähigkeiten im Wiener OSZE-Sekretariat und in den Missionen;

– die weitere Modernisierung des Vertrags über den Offenen Himmel und seine kooperative Implementierung weiter zu fördern sowie Verbesserungen der laufenden Aktivitäten im Bereich Klein- und Leichtwaffen (SALW) und im Rahmen des OSZE-Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit anzustreben;

– von allen Teilnehmerstaaten die Achtung gemeinsam vereinbarter OSZE-Prinzipien sowie die vollständige Einhaltung darauf aufbauender Rüstungskontrollverträge und Abkommen zur Vertrauensbildung konsequent einzufordern;

– in Absprache mit Verbündeten und Partnern die Modernisierung des Wiener Dokuments als eine wesentliche Grundlage der Vertrauensbildung anzustreben. Ziel muss hierbei vor allem die Verbesserung der Funktionsfähigkeit vertrauensbildender Instrumente in Krisensituationen sein;

– in Absprache mit Verbündeten und Partnern auch die Weiterentwicklung der europäischen konventionellen Rüstungskontrolle zu fördern. Ziel muss hierbei die reziproke Gewährleistung von verifizierbarer Transparenz über moderne militärische Fähigkeiten sein;

– unter dem Stichwort „nachhaltige Konnektivität“ Aspekte und Hindernisse grenzübergreifender Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich zu thematisieren. Gerade zentralasiatische Partner können wir damit besonders einbinden und trotz Krise und Sanktionen gegenüber Russland verbindende Elemente für Dialog aufzeigen sowie den Blick auf gemeinsame Interessen richten;

– die Bedeutung der Verpflichtungen der sogenannten Menschlichen Dimension für nachhaltige Sicherheit zu betonen. Bei aller Bereitschaft zum Dialog kommt für uns keine Relativierung, geschweige denn ein Rückbau dieser Verpflichtungen infrage. Notwendig wäre vor allem eine bessere Implementierung der Verpflichtungen in allen OSZE-Staaten;

– dabei insbesondere die Meinungs- und Medienfreiheit und die Rolle von Minderheiten und ihr brückenbildendes Potenzial als Themen zu betonen, die besonders starke Bezüge zur aktuellen Krise aufweisen. Zusätzlich sollten Nichtdiskriminierung und Toleranz, darunter bei der religiösen Toleranz insbesondere die Bekämpfung von Antisemitismus feste Posten des Vorsitzprogramms sein, ebenso wie die Stärkung der Rechte von Frauen und die Einbeziehung von Frauen in die Konfliktlösung. In all diesen Bereichen sollte die Zusammenarbeit mit den Institutionen der OSZE gestärkt werden: ODIHR, der Hohen Kommissarin für nationale Minderheiten und der Beauftragten für die Freiheit der Medien;

- im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die wertvolle Arbeit der OSZE durch eine angemessene finanzielle Unterstützung weiterhin sicherzustellen; ein gerechter, sich an der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Teilnehmerstaates orientierender Verteilungsschlüssel ist als Grundlage für eine Reform der Finanzierung der OSZE wünschenswert;
- die Zielsetzung der OSZE, eine Region des Vertrauens und des guten Zusammenlebens zu schaffen, in der Konflikte friedlich gelöst werden, Dialog und Kompromisse gesucht werden sowie Solidarität und Verantwortung für- und miteinander gelten, intensiv zu unterstützen und dabei auch die Nachbarstaaten der OSZE eng einzubeziehen;
- die Bedeutung einer breitgefächerten und dynamischen Zivilgesellschaft für Demokratie, Freiheit und Frieden innerhalb der OSZE zu unterstreichen;
- energisch den Versuchen, die Gesellschaften der OSZE-Teilnehmerstaaten durch Instrumentalisierung religiöser, ethnischer oder kultureller Unterschiede zu spalten, entgegenzutreten;
- die mit dem „Helsinki +40“-Prozess verbundenen Reformen der Organisation voranzutreiben und den Willen zu einem auf ein nachhaltiges und effektives Wirken der OSZE ausgerichteten Handeln zu unterstützen;
- Gewaltanwendung im russisch-ukrainischen Konflikt weiterhin zu verurteilen, ihr Engagement im Rahmen der Vereinbarungen von Minsk fortzusetzen und nicht darin nachzulassen, eine Lösung dieser Krise auf dem Verhandlungswege zu finden;
- die Ukraine bei der Verwirklichung der notwendigen tiefgreifenden Reformen umfassend zu unterstützen;
- gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten der OSZE darauf hinzuwirken, die vollständige Bewegungsfreiheit der Beobachter der OSZE im Mandat der Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine zu ermöglichen sowie die vorgesehene Beobachterzahl zu entsenden und die technische Ausstattung der Mission zu verbessern;
- die Fortsetzung des „Wiener Prozesses“ der OSZE PV zu unterstützen, um eine Basis für eine sich gegenseitig verstärkende Zusammenarbeit zu erhalten, an deren Ende wieder Frieden, Stabilität und Kooperation stehen;
- einen stärkeren grenzübergreifenden gesellschaftlichen Austausch unter besonderer Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu fördern, um dem Risiko weiterer Entfremdung und Sprachlosigkeit in Europa entgegenzutreten. Der Jugendaustausch spielt in diesem Zusammenhang eine herausgehobene Rolle. Hierzu sollte insbesondere auch an Initiativen der Schweiz und Serbiens zur Einbeziehung der Jugend angeknüpft werden;
- im Rahmen des deutschen Vorsitzes der OSZE die Interessen von Jugendlichen angemessen zu berücksichtigen;
- weiterhin für einen gemeinsamen Sicherheitsraum zwischen Vancouver und Wladiwostok einzutreten, in dem jeder Einzelne und jede Gemeinschaft in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit leben kann. Hierfür bleiben die in der KSZE-Schlussakte von 1975 gemeinsam vereinbarten Prinzipien die Grundlage;
- sich vor dem Hintergrund der Einschränkungen von ODIHR-Wahlbeobachtungsmissionen durch verschiedene OSZE-Mitgliedsländer dafür einzusetzen, dass die von ODIHR geplanten Wahlbeobachtungsmissionen in allen OSZE-Staaten uneingeschränkt und in der von ODIHR vorgegebenen Form durchgeführt werden können, um dadurch die Wahrung demokratischer Prinzipien zu überwachen;

– gemeinsam mit den OSZE-Partnern grenzüberschreitende Sicherheitskonzepte zu entwickeln, um effektiv gegen Bedrohungen wie z. B. den internationalen Terrorismus vorgehen zu können;
– sich im Hinblick auf die auch im Rahmen der OSZE-PV-Herbsttagung in der Mongolei diskutierten Probleme aufgrund von Wassermangel in verschiedenen OSZE-Mitgliedsländern für einen Wissenstransfer zwischen den betroffenen Ländern und z. B. deutschen Unternehmen und Verbänden, die sich z. B. mit Techniken zur Wassereinsparung und Wassergewinnung beschäftigen, einzusetzen.

Berlin, den 10. November 2015

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Thomas Oppermann und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333